



„Leiharbeit abschaffen“

Vor der 'Agentur für Arbeit' im Nagelsweg im Hamburg fand heute vormittag eine Protestaktion der FAU (Freie ArbeiterInnen Union) statt. Die anarchosyndikalistische Basisgewerkschaft kritisiert "modernen Menschenhandel" und fordert die Abschaffung der Leiharbeit.

Die Aktion war Teil einer bundesweiten Kampagne gegen Leiharbeit, die von Einzelgewerkschaften des Dachverbands FAU initiiert wurde. Die FAU war zuletzt durch ihre Kampagne für Tarifverhandlungen im "alternativen" Kino Babylon in Berlin aufgefallen und ist manchen LeserInnen noch durch die "Strike Bike" Aktion bekannt.

Hintergrund der auch von vielen anderen Organisationen getragenen Kampagne "Leiharbeit abschaffen" ist unter anderem ein Urteil des Berliner Arbeitsgerichts aus dem Frühjahr des Jahres 2009. Das Berliner Arbeitsgericht hat der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften (CGZP) die Tariffähigkeit abgesprochen, weil diese keine personelle Basis habe und nicht im Sinne der LeiharbeiterInnen verhandle.

"Damit ist einer der Dumping-Lohn Tarifverträge vom Tisch, mit dem die Gleichbehandlung von LeiharbeiterInnen mit den Beschäftigten in den Entleihbetrieben umgangen werden konnte. Unseres Erachtens gibt es für die Gewerkschaften des DGB jetzt keinen Anlass mehr, mit den Dachverbänden der Leiharbeit über Tarifverträge zu verhandeln." betont Torsten Bewernitz, Organisationssekretär der FAU.

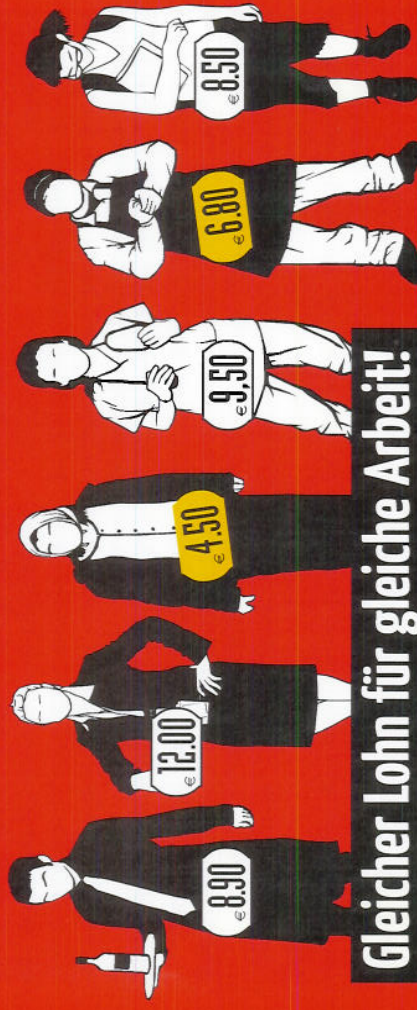
Dass es die Tarifverträge in der Leiharbeitsbranche überhaupt gibt, liegt nach Auffassung der Organisatoren der Kampagne daran, dass die Leiharbeitsbranche diese benötigt, um den europäischen Gleichbehandlungsgrundsatz ("equal pay & equal treatment") zu unterwandern.

"Die Tarifverträge wurden auch deshalb notwendig, weil Kundenbetriebe infolge des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf den Einsatz von ZeitarbeitnehmerInnen verzichtet hätten. Die Dienstleistung Zeitarbeit wäre zu teuer geworden [...]" betont etwa der Dachverband BZA (Bundesverband Zeitarbeit).

"Das Phänomen Leiharbeit ist eskaliert. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der LeiharbeitnehmerInnen von 300.000 auf 800.000 gestiegen. Jeder achte von ihnen erhält zusätzlich Zahlungen nach Hartz IV" erläutert Bewernitz.

Auch die Agenturen für Arbeit sind in der Kritik der FAU: Sie würden, so die Organisatoren, durch den Zwang jede miserabel bezahlte Arbeit anzunehmen, "Dumping-Löhne" ermöglichen und unterstützen.

Die Kampagne fordert daher die Nachzahlung der Löhne für LeiharbeitnehmerInnen nach dem EU-Grundsatz des "equal pay & equal treatment", die Übernahme der LeiharbeitnehmerInnen in Festbeschäftigungsverhältnisse in den Entleihfirmen und damit konsequent die Abschaffung der Leiharbeit.



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Leiharbeit abschaffen!

Time to organize! | www.fau.org



Die Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union FAU – IAA

Die FAU ist eine kleine Gewerkschaft und unterscheidet sich in ihrer Zielsetzung und Struktur wesentlich von den herkömmlichen Zentralgewerkschaften des DGB. Wir begreifen die Gewerkschaft als ein Werkzeug der Mitglieder, ihre Interessen in allen Arbeits- und Lebensbereichen durchzusetzen. Unsere Interessen sind daher mit Stellvertretungspolitik nicht vereinbar, wie sie von reformistischen Gewerkschaften betrieben wird. Bei uns gibt es keine Berufsfunktionäre, die das Sagen haben.

Es entscheiden die jeweils Betroffenen selbst über ihre Belange. Komitees oder Delegierte sind in der FAU nur ausführende Organe der Basis. Unsere Organisationsform ist dezentral und unsere Syndikate sind weitestgehend selbstständig in ihrem Handeln.

Was will die Freie Arbeiter- und Arbeiterinnen-Union?

Wir haben uns in der FAU organisiert, weil wir von den sozialpartnerschaftlichen, zentralistischen und hierarchischen Funktionsapparaten der herrschenden Gewerkschaften die Nase gestrichen voll haben. Wir pfeifen auf »Sozialpartnerschaft« und »Standortlogik«, die nur dazu führen, dass die Reichen immer reicher werden, während immer mehr Menschen verarmen.

Wir Arbeiterinnen und Arbeiter sind es, die die Verwaltung, den Transport, die Dienstleistungen erbringen und den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, den Staat und Bosse uns rauben.

Ohne diese, in einer freien, selbstverwalteten Wirtschaft und Gesellschaft, in der wir selbst über unsere Belange entscheiden, würde es uns besser gehen. Und das ist unser langfristiges Ziel.

=> organisieren@fau.org

Etwa 800.000 Menschen haben im vergangenen Jahr für Leiharbeitsfirmen gearbeitet. Viele von ihnen wurden von den Arbeitsagenturen gezwungen, sich von den Menschenhändlern für Niedriglöhne vermieten zu lassen.

Die Bedingungen in der Leiharbeit

- LeiharbeiterInnen verdienen im Schnitt 30 bis 50 Prozent weniger als ihre KollegInnen bei der Entleihfirma!
- LeiharbeiterInnen werden oft nur für den Zeitraum eingestellt, für den sie an eine fremde Firma verliehen werden können und anschließend entlassen, wenn nicht sofort ein neuer Entleiher gefunden wird.
- Viele Beschäftigte werden um Lohn und Urlaub betrogen, indem ihnen die Zeit, in der sie nicht vermietet werden können, abgezogen wird.

- LeiharbeiterInnen haben im Entleihbetrieb noch weniger zu melden, als ihre fest angestellten KollegInnen. Sie sind Beschäftigte 2. Klasse.

Zwei Profiteure sind mindestens Einer zuviel!

Trotz Wirtschaftskrise ist der Markt für Leiharbeit in Deutschland auch im Jahr 2008 gewachsen. Die 25 größten Leihfirmen erzielten ein Umsatzplus von 3,7 Prozent, insgesamt betrug das Marktvolumen im Jahr 2008 14,7 Milliarden Euro. Die größten Konzerne, die vom Menschenhandel leben, sind *Randstad*, *Adecco*, *Manpower* und *USG People*.

Innerhalb der letzten sechs Jahre ist die Zahl der Menschen, die von Leihfirmen auf dem Markt vermietet werden, von 300.000 auf 800.000 (2008) gestiegen. Jetzt, in der Krise, sind die



Time to organize! | www.fau.org

LeiharbeiterInnen die Ersten, die gefeuert werden. Für 2009 erwarten die Leifirmen einen Auftragsrückgang von durchschnittlich 22,7 Prozent. Einzelne Firmen gehen sogar von bis zu 40 Prozent aus. Besonders die Unternehmen der produzierenden Wirtschaft und der Automobilindustrie haben im großen Stil die Aufträge zurückbezogen.

Es waren die LeiharbeiterInnen, die gleich zu Beginn der Krise nach Hause geschickt wurden. Wesentlich schlechter bezahlt als die Stammbeschäftigten, konnten sie von den Entleihfirmen von einem Tag auf den anderen »abbestellt« werden. Die Folge: Entlassung und der Gang zur Arbeitsagentur! Von dort werden sie zum nächsten Menschenhändler geschickt, der sie vielleicht, zu noch schlechterem Lohn, wieder vermietet. Das besonders Abstoßende an dieser Art des Menschenhandels ist, dass gleich zwei Unternehmen an den LeiharbeiterInnen profitieren – die Leihbude und die Entleihfirma – während die LeiharbeiterInnen selber mit Niedriglohn in die Röhre schauen.

Leiharbeit ist Menschenhandel!

Einen wegweisenden Schritt hat der Oberste Gerichtshof von Namibia im März 2009 vollzogen. Leiharbeit ist dort seitdem verboten. Das neue Gesetz stellt die Anstellung von Personen mit der Absicht, sie an Dritte zu verleihen unter Strafe. Die Richter stufen Leiharbeit als »mordene Sklaverei« ein und erklärten: »Leiharbeit ist ungesetzlich und reduziert Menschen zu persönlichem Besitz«.

Equal pay & equal treatment (gleicher Lohn & gleiche Arbeitsbedingungen)

Auf Grund von europäischem Recht musste die SPD/Grüne Regierung zum 1. Januar 2004 die Gleichbehandlung von LeiharbeiterInnen mit den Stammbeschäftigten umsetzen.

Im Rahmen der »Agenda 2010«, zu denen die berichtigten Hartz Gesetze gehören, wurde das *Arbeitnehmerüberlassungsgesetz* (AÜG) geändert. Zwei Punkte sind dabei besonders erwähnenswert:

- die Menschenhändler können ihre menschliche Ware seitdem unbegrenzt lange verleihen.
- LeiharbeiterInnen sind mit den Beschäftigten der Entleihbetriebe gleich zu stellen.

Im AÜG wurde festgelegt, dass LeiharbeiterInnen »für die Zeit der Überlassung an einen Entleiher die im Betrieb dieses Entleihers für einen vergleichbaren Arbeitnehmer geltenden wesentlichen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts gewährt werden« muss – das bedeutet »equal pay« und »equal treatment«.

Allerdings steht in dem Gesetz noch ein weiterer einschränkender Absatz: Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht tarifgebundene Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen die Anwendung der tariflichen Regelungen vereinbaren.

Lohndumping durch Gewerkschaften?

Das heißt im Klartext, dass LeiharbeiterInnen um ihr Recht betrogen werden können, wenn willige Gewerkschaften mit den Menschenhändlern



Suchen sie sich in Ruhe aus was sie brauchen, wir haben alle Preisklassen!

Dumpinglohn-Tarifverträge abschließen, um gleichen Lohn zu verhindern! Die Arbeitgeberverbände haben sich genau solche Gewerkschaften gesucht und bei der *Christliche »Gewerkschaft« Zeitarbeit und PSA* entsprechende Tarifpartner gefunden. Die DGB Gewerkschaften sahen ihre Felle wegschwimmen und statt »equal pay« durchzusetzen, haben sie am grünen Tisch ebenfalls Niedriglohnstarife abgeschlossen. Der äußerst geringe Organisationsgrad von LeiharbeiterInnen und die daraus resultierende Konsequenz, keine Berechtigung für den Abschluss solcher Tarife zu haben, störte dabei anscheinend wenig.

So ist es im Bereich Leiharbeit zu den umfassendsten Flächentarifverträgen in Deutschland gekommen, die praktisch alle Branchen betreffen. Für die meisten LeiharbeiterInnen gelten die drei zentralen Niedriglohn-Tarifverträge zwischen DGB und *Bundesverband Zeitarbeit* (BZA), DGB und *Interessengemeinschaft Zeitarbeit* (iGZ) sowie CGZP und *Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister* (AMP).

Das Absurde dabei ist, dass so auch Mitglieder von Gewerkschaften die keinen Tarifvertrag abschließen wollen, wie die FAU, die Dumpinglohn-Tarifverträge einfach in den Arbeitsvertrag geschrieben bekommen, obwohl »Leistungen« aus Tarifverträgen eigentlich nur Mitgliedern der abschließenden Gewerkschaften zustehen!

Der Bundesverband Zeitarbeit stellte im Übrigen auf seiner Webseite fest, dass die Tarifverträge mit den DGB Gewerkschaften unbedingt nötig gewesen seien, »weil Kundenbetriebe infolge des equal pay und equal treatment Grundsatzes auf den Einsatz von Zeitarbeitnehmern verzichtet hätten. Die Dienstleistung Zeitarbeit wäre zu teuer geworden und (...) wäre in der Praxis nicht akzeptiert worden.«

Die neue EU-Leiharbeitsrichtlinie

Im Oktober 2008 wurde mit der »Zeitarbeitsrichtlinie« der erste Teil der neuen EU Arbeitsregelungen vom Europaparlament beschlossen. LeiharbeiterInnen sollen vom ersten Tag an grundsätzlich die gleichen Rechte in den Betrieben bekommen wie die fest angestellten Kollegen. Analog zu Deutschland kann jetzt auch

in Europa diese Gleichstellung verhindert werden, wenn willige »Gewerkschaften« mit den Bossen Verschlechterungen durch einen Tarifvertrag vereinbaren.

Bei BMW München sind 4.000 von 34.000 Beschäftigten LeiharbeiterInnen (12%). Ludwig und Peter steuern beide ihren Gabelstapler. Sie verrichten exakt die gleiche Arbeit: Ludwig 2480,58 Euro netto (Leiharbeiter) Peter 1237,86 Euro netto (Leiharbeiter) Morinfa (Leiharbeiterin) verdient ebenfalls exakt die gleiche Arbeit, erhält weniger als 1000 Euro! (ZEIT online, 23.10.2007)

Attueller Stand

Derzeit sind die Entgelttarifverträge zwischen der DGB Tarifgemeinschaft und BZA/iGZ gekündigt, der BZA wollte minimale Erhöhungen der Löhne nicht verhandeln. Jetzt ist ein juristisches Gezerre im Gang, ob diese Tarife nachwirken, oder seit dem 01.01.2009 auslaufen sind. Der Christen »Gewerkschaft« wurde in der ersten Instanz (Amtsgericht Berlin) die »Tariffähigkeit« abgesprochen, womit ihre Tarifverträge möglicherweise rückwirkend ungültig sind und den LeiharbeiterInnen Lohnnachzahlung zustehen würden.

Wie auch immer diese Auseinandersetzungen ausgehen, für uns steht fest, dass dieser Menschenhandel beendet werden muss, denn branchenübergreifendes Lohndumping für einige führt mittelfristig zu schlechterem Lohn für alle!

Den Stammbeschäftigten und allen (Noch-) Festangestellten muß klar sein, dass es auch sie treffen könnte und dann für viele nur noch Arbeit unter prekären Bedingungen, wie z.B. in der Leiharbeit bleibt.

Wir fordern – Leiharbeit abschaffen!

- Abschaffung der Leiharbeit!
- Übernahme aller LeiharbeiterInnen, die es wünschen in die Entleihbetriebe.
- Vollständige Nachzahlung der Lohnanteile seit 1. Januar 2004, entsprechend dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit, an alle LeiharbeiterInnen, die nicht Mitglieder der tarifgebundenen *Christlichen »Gewerkschaft«* und der *DGB Tarifgemeinschaft* sind.